



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/185

6. Dezember 1949

Als in sich geschlossenen Aufsatz
bringen wir heute einen zweiten
Beitrag von Professor Abendroth
zum Thema Hochschulreform. D.Red.

Aufstiegschance und Lehrkörper

Zwei Probleme einer deutschen Hochschulreform Von Prof. Dr. W. Abendroth

Anders als in vielen westeuropäischen Ländern und auch in den Vereinigten Staaten hat die deutsche Hochschultradition dazu geführt, dass durch das System des höheren Schulwesens eine starke soziale Schranke dem Aufstieg aus der Arbeiterklasse in die intellektuelle Schicht entgegenstand. Die Überwindung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen und der Mittelschichten ist gewiss vor allem Aufgabe der Schulreform, die in der Gesetzgebung Grossberlins, Schleswig-Holsteins und Bremens und in den Vorschlägen des Hessischen Kultusministeriums erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Es ist jedoch ebenso erforderlich, dass von seiten der Hochschule hier Brechen geschlagen werden.

Mit Recht hat kürzlich die amerikanische Militärregierung darauf hingewiesen, dass der Anteil der Studierenden aus der Arbeiterklasse auf den Hochschulen Bayerns unerträglich gering sei. Der zu wissenschaftlichem Denken hervorragend befähigte junge Mensch aus der Arbeiterklasse, der versteht, sich das erforderliche Mindestmass an Allgemeinbildung zu verschaffen, muss deshalb in weit höherem Masse als bisher die Möglichkeit erhalten, zur Hochschule zu gelangen. Die bisherige Institution der Begabtenreifeprüfung reicht offensichtlich nicht aus, um die bisherige Lage zu verändern. Deshalb ist es eine der entscheidenden Aufgaben aller Kräfte, die für eine wirkliche Demokratisierung des deutschen Hochschullebens eintreten, alle Bestrebungen zu unterstützen, die begabten Nichtabiturienten den Weg zum Studium öffnen. Die Gründung des Braunschweig-Kollegs durch das Kultusministerium des Landes Niedersachsen vermag hier ebenso richtungweisend zu wirken wie die Möglichkeit der Verleihung der Hochschulreife an solche Studierende, die, ohne das Reifezeugnis zu besitzen, sich in

einem zweisemestrigen Lehrgang an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven bewährt haben.

Besondere Schwierigkeiten bereitet neben diesen erforderlichen institutionellen Reformen der Hochschule die personelle Zusammensetzung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Institute. Die bisherige Hochschulverfassung überlässt den

Fakultäten die Entscheidung über ihre eigene Ergänzung. Nun ist aber die Besetzung einer Hochschulprofessur nicht nur ein Problem der

wissenschaftlichen und fachlichen Eignung, sondern ebenso eine eminent wichtige politische Entscheidung, wenn man den erzieherischen Einfluss

der Hochschule auf die junge Studentengeneration in Rechnung stellt. Es kann und soll nicht bestritten werden, dass es der entscheidenden

Mitwirkung der Fakultäten als der zur wissenschaftlichen Beurteilung zuständigen Gremien bei der Berufung von Professoren bedarf, obwohl

auch hier, wie alte Erfahrungen zeigen, Missgriffe keineswegs ausgeschlossen sind.

In den meisten Ländern der Bundesrepublik ist schon heute nach der bestehenden Rechtslage den Kultusministerien die Möglichkeit ge-

geben, gegebenenfalls auch ohne Zustimmung der Fakultät Professoren zu berufen. In der deutschen Universitätsgeschichte hat sich dieser

heilsame Einfluss der politischen Instanzen des öfteren als notwendiges Ausgleichsmittel gegenüber der Berufungspolitik engherziger Fakultäten

erwiesen. In der Zeit der Weimarer Republik sei in diesem Zusammenhang an die Ernennung von Professor Dr. Sinzheimer in Frankfurt a.M. erinnert.

Die demokratisch geleiteten Ministerien sollten sich auch in diesen Fragen der Bedeutung ihrer Befugnisse bewusst bleiben. Allerdings

setzt die richtige Lösung dieser Personalprobleme voraus, dass eine geeignete Anzahl von Planstellen für Assistenten und Dozenten zunächst

zur Verfügung steht, um auch unbemittelten, wissenschaftlich begabten Menschen den Aufstieg zu wissenschaftlicher Reife wirtschaftlich zu

ermöglichen.

In dieser Beziehung wird bisher in allen deutschen Ländern viel zu wenig getan. Der wissenschaftlich begabte junge Mensch, der nach der

Erlangung des Doktorgrades vor dem Nichts steht, wird trotz seiner Fähigkeiten notwendig verkümmern. Ein Privatdozent, der nach der Habi-

litation mit keinen gesicherten Einkünften rechnen kann, wird in seiner wissenschaftlichen Laufbahn schwer gehemmt. Es ist müßig, darüber

zu streiten, ob es tunlich sei, an den Universitäten Studien-Professorstellen zu schaffen, die keine eigene wissenschaftliche Forschungs-

arbeit des zu Berufenden erfordern. Vom Standpunkt einer demokratischen Hochschulreform aus kann man am Gedanken der Einheit von Forschung und Lehre durchaus festhalten, man sollte aber die wirtschaftliche Möglichkeit zur selbständigen wissenschaftlichen Leistung auch für den Unbemittelten eröffnen.

Labours Kolonialpolitik

E.U. London, im Dezember

Während der internationalen Gründungskonferenz der Freien Weltgewerkschaftsvereinigung in London erklärte ein amerikanischer Gewerkschafter, wenn die britische Labour-Regierung ihre Indienpolitik fortgesetzt und auch auf andere Teile des Commonwealth übertragen hätte, dann würde sie über weit mehr zuverlässige Freunde im Ausland verfügen. Nun ist gewiss in England selbst die Indienpolitik der Labour Party nicht unumstritten und die Konservativen haben lange Zeit mit dem Argument des angeblichen Ausverkaufs des Empires durch die Labour-Regierung gearbeitet, wenn sie auch bei anderen Gelegenheiten und ausserhalb der Wahlatmosfera sich zu den nüchternen Grundlagen dieser Politik bekennen mussten.

Aber der erwähnte Ausspruch des amerikanischen Gastes hat doch besonders in sozialistischen Kreisen viel Beachtung und Anklang gefunden.

Immer wieder hört man gerade aus dieser Richtung die besorgte Frage: Wohin stouert eigentlich die Regierung mit ihrer Aussenpolitik - in diesem Zusammenhang genauer gesagt mit ihrer Empire-Politik? Ein Alarm-signal warnend für viele die unglückseligen Vorfälle in Nigeria, wo Polizei und britische Beamte auf Bergarbeiter schossen, die gegen allzu niedrige Löhne protestierten. Wo sei da noch der Unterschied, so hörte man immer wieder fragen - zwischen der Arbeiter-Regierung Attlee und der südafrikanischen Regierung Malan mit ihren brutalen Methoden einer Zwangsbefriedung? Der Fall Malan spielt in allen diesen Überlegungen und Erörterungen überhaupt eine besondere Rolle. Kürzlich erst gab eine sehr geachtete Persönlichkeit, der Londoner Pfarrer Michael Scott, vor dem Treuhänder-Komitee für Kolonien bei der UNO einen ausführlichen Bericht über die Lebensbedingungen der Eingeborenen in Südwest-Afrika. Der Vertreter Malans protestierte zunächst sehr vernehmlich und verliess dann, als Scott sich nicht beirren liess, den Saal. Das, was der Sprecher sehr ausführlich beschrieb, war genau von der Art, gegen die die sozialistische britische Regierung sich ein für allemal zu kämpfen verpflichtet hat. Dennoch hat England, und hier setzt das

grosse Nichtverstehen ein, in der schliesslichen Abstimmung zusammen mit Molan gegen die Vertreter der Kolonien gestimmt. Und es schuf

bei der erdrückenden Mehrheit des Parlamentes eine recht peinliche, um nicht zu sagen niedergeschlagene Stimmung, als sich der Staats-

sekretär für die Kolonien, Creech Jones, ausgerachet von Mr. Eden Glückwünsche anhören musste. Jedenfalls erscheint es hier sehr vie-

len Leuten einigermaßen unverständlich, dass dieselbe Regierung, die in Indien und Ceylon so beispielhaft vorging, als sie beiden Län-

dern die Unabhängigkeit gab, in weiten anderen Teilen ihres Reiches, in Malaya, in Rhodesien, in Tanganjika und in Nigerian Kolonialpoli-

tik ganz im alten überholten Stile treibt. Fast täglich gibt es im Unterhaus jetzt Fragen, die sich auf die Kolonien beziehen und fast

jede Antwort der Regierung, so meinte ein ziemlich weit rechts stehender Abgeordneter im privaten Gespräch, könnte auch von einem konser-

vativen Minister kommen.

en

Die Antwort auf die Frage nach dem Grund für dieses Verhalten der Labour-Regierung sind uneinheitlich. Am häufigsten hört man die

Erklärung, die Regierung versuche eben das Empire zusammenzuhalten, um einer regellosen Flucht staatspolitisch unentwickelter Völker

aus dem grossen Verband des britischen Weltreiches einen Riegel vorzuschieben. Sehr überzeugend ist diese Erklärung freilich nicht.

Bezeichnend für die ganze Situation war die kürzliche Abstimmung in der UNO darüber, ob die Vereinten Nationen das Recht hätten, eine

Art Kontrolle über die Entwicklung in den Kolonien zu haben. England stimmte zusammen mit Südafrika, Australien und Neuseeland gegen die-

sen Vorschlag. Indien aber stimmte gegen England.

In Neuseeland hat die Labour Party eine bittere Schlappe einstecken müssen. Man braucht diese Niederlage nach 15 Jahren ununter-

brochener Regierungstätigkeit nicht tragisch zu nehmen. Es bleibt aber der Eindruck einer Einbusse an Ansehen, die die Empire-Konzeption der

britischen Labour Party und ihrer Schwesterparteien in den Ländern des Commonwealth durch eine Politik erlitten hat, deren wesentlichstes

Zeichen Undurchsichtigkeit war.

Porträt eines Unbekannten

sp. Der Name Wilhelm Canaris war in der deutschen Öffentlichkeit weithin unbekannt, als dieser Mann schon seit Jahren eine Schlüsselstellung im militärischen Apparat des nationalsozialistischen Regimes innehatte. Aber sein Einfluss hat nie auch nur annähernd der Tiefe seines Einblicks in die grossen Zusammenhänge entsprochen. Dass er so unzulänglich blieb, lag zuletzt an Canaris selbst. Die Biographie von Karl Heinz Abshagen, erschienen in der Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart, macht das klar.

Canaris' Laufbahn und besonders das letzte Jahrzehnt seines Lebens sind abenteuerlich genug gewesen, was nicht einmal so sehr in den äusseren Daten, als in der Art sichtbar wird, in der Canaris seine verschiedenen Positionen ausgefüllt hat. Herkunft aus schwerindustriellem Milieu, junger Seeoffizier mit sehr früh entwickelter Neigung für das diplomatische Handwerk, im ersten Weltkrieg abenteuerliche Flucht aus chilenischer Gefangenschaft, erster Aufenthalt in Spanien, das ihn immer wieder anzog, nach dem Kriege Angehöriger der Gardekavallerie Schützendivision, Kapp-Putschist, wieder Marineoffizier, seit Januar 1935 Chef der Abwehr. Damit erst begann das eigentliche Abenteuer seines Lebens.

Was war das für ein Mann? Abshagen trägt sein sorgfältig gesammeltes Material einigermaßen überzeugend vor. Einigermaßen - denn viele Widersprüche im Bilde des widerspruchsvollen bleiben. Und bisweilen wird die Absicht des Autors, den Dargestellten zu verteidigen, störend deutlich. Unbestreitbar scheinen einige Grundeigenschaften. Canaris war ungewöhnlich klug, begabt mit einer grossen Kunst der Menschenbehandlung, er war walterfahren (mit vorzüglichen, vielseitigen Sprachkenntnissen), ohne Zweifel auch ein Mann von hohem sittlichen Ernst. Aber er hatte bei aller Arbeitslast, dies sich ihm bei seinem Drang, alles selbst zu tun, unter den Händen häufte, eine eigenartige Scheu vor der Übernahme letzter Verantwortungen, auch war Initiative nicht seine Stärke. Immer war er bemüht, im Hintergrund zu bleiben, auch wo das nicht sein Amt verlangte. Er hatte viel von einem Spieler an sich, den nur der höchste Einsatz reizt.

Unbestreitbar ist auch sein ehrlicher, ständig wachsender Hass und sein Kampf gegen Hitler und dessen Regime bis zu dem bitteren Ende, das er klar vor Augen sah, als er diesen Kampf noch aufgeben und sich in Sicherheit bringen konnte. In diesem Kampf freilich wurde sein Mangel an letzter Konsequenz und an Mut zu eigenem Handeln offenbar. Er

selbst hat diesen Widerspruch gespürt und an ihm gelitten, es ist der Punkt, über den er nie hinweggekommen ist.

Das Buch wendet sich gegen Darstellungen, welche die Abwehr als eine Verschwörerzentrale darstellen, "in der nichts getan wurde, als den neuen Dolchstoß in den Rücken der deutschen Wehrmacht vorzubereiten und das deutsche Volk um den Sieg zu bringen, der ihm, ohne diese Saboteure, dank der genialen Führung Adolf Hitlers, beschert worden wäre." Abshagen meint: "Hätte die militärische und die politische Führung den ihr von der Abwehr unterbreiteten Nachrichten Glauben geschenkt, dann wäre viel Unheil, ja wahrscheinlich der Krieg vermieden worden." Dabei bleibt erstaunlich, dass Hitler, dem jedermann zum Munde redete, sich auf die Dauer unangenehme Informationen Canaris gefallen liess.

Sicher hat es Canaris mit ungewöhnlichem Geschick verstanden, seine wahre Gesinnung zu verdecken und das seinem eigentlichen Gegner, der Gestapo, gegenüber, die wahrhaftig nicht unerfahren oder zimperlich war. Dieser unterirdische Kampf gegen die Himmler, Heydrich und Kaltenbrunner ist das erregendste Kapitel des Buches. Schliesslich unterlag Canaris. Am 27. Juli 1944 wurde er verhaftet und am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg gehängt.

Nachricht aus der Ostzone:

SSD-Sonderlehrgänge in Berlin-Oberschöneweide

Auf der Volkspolizeischule in Berlin-Oberschöneweide, Wattstr. 69/70 wird seit ca. 3 Monaten Nachwuchs für den Dienst im SSD-Staatsicherheitsdienst herangebildet. Die Schüler, etwa 100, sind in der Hauptsache ehemalige Kriegsgefangene. Diese Lehrgangsteilnehmer werden direkt aus den Entlassungslagern eingewiesen und haben schriftliche Nachweise sowjetischer Dienststellen über ihre politische Schulung während der Gefangenschaft. Neben der militärischen Ausbildung werden sie in NKWD-Methodik unterwiesen. NKWD-Offiziere erteilen den Ausbildungsleitern laufend Instruktionen. Über die Dauer der Lehrgänge ist bisher nichts bekannt.

Verantwortlich: Peter Raunau